

B E S C H L U S S

Bezirksamt Pankow von Berlin

Beschlussgegenstand: Güterbahnhof Greifswalder Straße Ost
erhalten und entwickeln

Beschluss-Nr.: VIII-1604/2020 Anzahl der Ausfertigungen: 8

Beschluss-T.: 27.10.2020 Verteiler:
- Bezirksbürgermeister
- Mitglieder des Bezirksamtes (4x)
- Leiter des Rechtsamtes
- Leiter des Steuerungsdienstes
- Büro des Bezirksbürgermeisters

Das Bezirksamt beschließt:

Die aus der Anlage ersichtliche Vorlage ist der Bezirksverordnetenversammlung zur Kenntnis zu geben.

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.:
VIII-1159

Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

3. Zwischenbericht

Güterbahnhof Greifswalder Straße Ost erhalten und entwickeln

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung des in der 40. Sitzung am 01.06.2016 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: VII-1159 –

„Der Güterbahnhof östlich der Greifswalder Straße ist der einzige an der Ringbahn gelegene und in Betrieb befindliche Verknüpfungspunkt von Schienen- und Straßenverkehr im Bezirk Pankow. Die hier erfolgende Anlieferung von Material über die Schiene entlastet den Straßenverkehr und die Quartiere der Stadt von Lärm und Abgasen. Damit leistet dieser Standort einen wesentlichen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz. Die BVV Pankow beabsichtigt daher die Erhaltung und dauerhafte Sicherung der Fläche zwischen Ringbahn, Greifswalder Straße, Anton-Saefkow-Park bzw. Anton-Saefkow-Straße als Güterumschlag- und Logistikanlage sowie die perspektivische Erweiterung der Leistungsfähigkeit des Standortes zur Verknüpfung von Eisenbahn und Straße sowie von Eisenbahn und (Güter-) Straßenbahn. Die BVV Pankow ersucht das Bezirksamt, sämtliche langfristigen Planungen zur Umnutzung des Areals für Wohnzwecke einzustellen und sich gegenüber dem Eigentümer bzw. den Eigentümern, Mieterinnen und Mietern der Flächen, Eisenbahn- und Logistikunternehmen sowie des Senatsverwaltungen für Arbeit, Integration und Frauen sowie für Stadtentwicklung und Umwelt für die dauerhafte planungsrechtliche Sicherung des Areals im Sinne der Zielstellung und für die Weiterentwicklung zum Logistikstandort Eisenbahn-Straße-Straßenbahn einzusetzen. Die BVV Pankow ersucht das Bezirksamt weiterhin, sich gegenüber dem Senat und dem Abgeordnetenhaus von Berlin für die Aufgabe der im Flächennutzungsplan auf der Ostseite der Greifswalder Straße eingezeichneten Einzelhandelskonzentration einzusetzen, da dieses Ziel dem bezirklichen Einzelhandels- und Zentrenkonzept widerspricht.

Die BVV Pankow ist jährlich in einer Vorlage zur Kenntnisnahme über den Fortgang dieses langfristigen Vorgangs zu berichten.“ –

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Auf eine Anfrage bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Abt. I B (Flächennutzungsplanung FNP), ob Planungen zur Änderungen des FNP in diesem Bereich angedacht sind, teilte diese mit, dass es keine Absicht gibt, den FNP in diesem Bereich zu ändern. Dies wurde in einem Telefonat mit Senatsverwaltung Stadtentwicklung und Wohnen (SenSW) am 30.09.2020 nochmals bestätigt.

Für die im FNP dargestellte gemischte Baufläche M 2 mit Einzelhandelskonzentration an der Greifswalder Straße war ein Antrag zur Änderung des FNP seitens des Bezirkes in Vorbereitung. Aufgrund von möglichen zukünftigen weiteren Änderungen in unmittelbarer Nachbarschaft im Zusammenhang mit der Entwicklung der Flächen des ehemaligen westlichen Güterbahnhofes wurde der Vorgang angehalten. Die Flächen des westlichen ehemaligen Güterbahnhofes Greifswalder Straße sowie angrenzende Flächen sollen für Gemeinbedarf (insbesondere Schule), Wohnungsbau, und Grünflächen entwickelt werden. Bei Vorliegen der endgültigen Ergebnisse, wird für den ganzen Bereich, inklusive der Ostfläche des Güterbahnhofes, die Notwendigkeit der Änderung des FNP überprüft und in Absprache mit SenSW beantragt werden.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Vollrad Kuhn
Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und
Bürgerdienste